Bundeskanzler Helmut Schmidt Stiftung

GEN P(EACEBUILDER)

Einzelne Delegierte als Jugendbeteiligung

Zwischen Symbolik und Substanz in der Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit

Autorin: Hannah Koch

Die UN-Jugenddelegiertenprogramme eröffnen einigen wenigen jungen Menschen Zugang zur internationalen Politik. Aber wenn einzelne Delegierte gleichbedeutend mit „Jugendbeteiligung" sind, dann handelt es sich um Performance und nicht um echte Machtabgabe. Staaten nutzen Jugenddelegierte, um die Säule „Beteiligung" der Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit „abzuhaken", während tiefgehende, strukturelle Veränderungen und die anderen vier Säulen ignoriert werden. Jugenddelegiertenprogramme müssen neugestaltet werden, um echte und vielfältige Jugendbeteiligung zu gewährleisten, und stärker in umfassendere Bemühungen zur Umsetzung der Agenda eingebettet werden.

Zur Autorin: Hannah Koch ist ehemalige deutsche UN-Jugenddelegierte und studiert derzeit einen deutsch-französischen Doppelbachelor in Politikwissenschaft und Nachhaltigkeitswissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg in Deutschland und am IEP de Fontainebleau, Paris 12 in Frankreich.

Einleitung

Das UN-Jugenddelegiertenprogramm (UN Youth Delegate, UNYD) wird häufig als Tor für junge Menschen zur internationalen Politik beschrieben. Doch dieses Tor öffnet sich nur für wenige, während die meisten jungen Stimmen draußen bleiben.

Staaten verweisen schnell auf „ihre" Jugenddelegierten als Beweis dafür, dass sie die Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit (Youth, Peace and Security, YPS) umsetzen. Die YPS-Agenda erkennt junge Menschen als aktive Akteure bei der Konfliktprävention, der Friedenskonsolidierung und der Gestaltung einer inklusiveren Sicherheitspolitik an.

Sie ist aus jahrelangem Aktivismus junger Menschen hervorgegangen und stellt klare Erwartungen an Regierungen und Institutionen: Jugendbeteiligung soll keine Fotogelegenheit oder eine Randveranstaltung sein. Sie soll verändern, wem zugehört wird, wer mit am Tisch sitzt und wer bei Entscheidungen über Frieden und Sicherheit mitbestimmt.

In der Praxis haben jedoch viele Regierungen diese Zielsetzung deutlich enger ausgelegt. Anstatt Institutionen und Prozesse neu zu gestalten, setzen sie auf sehr selektive Jugendbeteiligungsprogramme, um zu zeigen, dass sie YPS „umsetzen". UNYD-Programme sind ein zentrales Beispiel für diesen Trend. Sie schaffen wichtige Möglichkeiten für eine kleine Zahl junger Menschen, bergen jedoch zugleich die Gefahr, dass die Beteiligung eher symbolischer als struktureller Natur ist. Wenn Jugendbeteiligung auf einzelne Delegierte reduziert wird, ist sie zwar leichter zu handhaben, bezieht aber – anders als von der Agenda vorgesehen – keine breiten und vielfältigen Interessengruppen junger Menschen ein.

Dieser Essay argumentiert, dass UNYD-Programme insbesondere in Europa zu einer bequemen und verkürzten Umsetzung der Beteiligungssäule der YPS-Agenda geworden sind. Sie ermöglichen es Staaten, Fortschritte bei der Umsetzung von YPS zu zelebrieren ohne sich mit den schwierigeren Fragen zu Macht, Zugang und Ungleichheit auseinanderzusetzen. Dennoch sind sie nicht völlig bedeutungslos. Für diejenigen, die ausgewählt werden, können diese Programme Türen öffnen, Jugendperspektiven verstärken und lokale Kämpfe mit globalen Debatten verbinden. Die Spannung zwischen Symbolik und Substanz zieht sich durch alle Aspekte dieser Programme.

In diesem Beitrag dienen europäische UNYD-Programme als Fallstudie, um diese Spannung näher zu untersuchen. Zunächst wird dargestellt, wie diese Programme funktionieren und wie sie als Antwort auf die YPS-Agenda konzipiert sind. Anschließend wird untersucht, wer Jugenddelegierte*r werden kann, wessen Stimmen ungehört bleiben und wie sich darin breitere regionale und sozioökonomische Ungleichheiten widerspiegeln. Abschließend werden Empfehlungen formuliert, wie der Schritt von einer symbolischen Repräsentation zu strukturellerer Jugendbeteiligung gelingen kann und wie Jugenddelegiertenmodelle mit umfassenderen Bemühungen zur praktischen Umsetzung der Agenda verknüpfen werden sollten.

Ich schreibe aus einer bestimmten Position heraus: Ich bin eine weiße Cis-Frau, geboren und sozialisiert in Deutschland, und war von 2024 bis 2025 deutsche UN-Jugenddelegierte. Diese Erfahrung verschaffte mir seltenen Zugang zur internationalen Diplomatie und zu Gesprächen, die die meisten jungen Menschen nie zu sehen bekommen. Zugleich wurde ich mit den Grenzen konfrontiert, „für" eine Generation in Räumen zu sprechen, die nie für uns junge Menschen konzipiert wurden. Aus diesem Spannungsverhältnis ist dieser Beitrag entstanden: Ich erkenne den Wert dieser Programme an, hinterfrage aber gleichzeitig, was es bedeutet, wenn sie zum einzigen Mittel werden, mit dem Länder behaupten, junge Menschen in Fragen von Frieden und Sicherheit einzubeziehen.

Das UN-Jugenddelegiertenprogramm

Um die UNYD-Programme besser zu verstehen, ist es hilfreich einen Blick darauf zu werfen, wie sie entstanden sind und wie sie in der Praxis funktionieren. Im folgenden Abschnitt werden die UN-Resolutionen vorgestellt, die die formellen Erwartungen rund um Jugenddelegierte festlegen, und erläutert, wie Staaten diese in nationale Programme umgesetzt haben.

Die Einbindung junger Menschen in offizielle nationale Delegationen zur UN-Generalversammlung wurde erstmals 1981 in einer Resolution erwähnt (UNGA, 1981). Eine Resolution aus dem Jahr 1986 griff diese Forderung nicht nur erneut auf, sondern legte auch fest, dass Jugendvertreter*innen „wann immer möglich“ in Delegationen zur Generalversammlung und anderen relevanten UN-Gremien aufgenommen werden sollten, „um die Beteiligung junger Frauen und Männer an der Umsetzung des Aktionsprogramms zu fördern“ (UNGA, 1986). Dieser Ansatz wurde im Weltaktionsprogramm für die Jugend (World Programme of Action for Youth), das 1995 verabschiedet und mehrfach überarbeitet wurde, bestätigt und weiterentwickelt. Darin wird Jugendbeteiligung an Entscheidungsprozessen als zentrales Ziel verankert (United Nations, 1995).

Ein besonderes Merkmal der UNYD-Programme ist ihre Form der Repräsentation. Von den Jugenddelegierten wird erwartet, dass sie sich mit unterschiedlichen jungen Menschen in ihrem Land austauschen und diese Perspektiven in internationale Foren einbringen; sie sollen folglich Vertreter*innen sein und nicht nur für sich selbst sprechen. In der Praxis variiert jedoch, wie unabhängig sie von ihren Regierungen agieren können. In einigen europäischen Ländern spielen nationale Jugendringe eine wichtige Rolle bei der Auswahl der Delegierten und unterstützen sie während der gesamten Amtszeit, was Raum für kritischere Positionen schaffen kann. In anderen Kontexten werden Jugenddelegierte direkt von (Außen-)Ministerien ausgewählt. Das führt dazu, dass sie sich mehr an offiziellen Positionen ausrichten müssen und somit möglicherweise weniger Spielraum haben, ihre Regierungen öffentlich zu kritisieren.

Im Gegensatz zu vielen jugendgeführten zivilgesellschaftlichen Organisationen sind UNYDs formell Teil der offiziellen Delegationen ihrer Länder zur UN-Generalversammlung oder zu bestimmten Konferenzen, wie der Frauenrechtskommission (CSW), der Kommission für Soziale Entwicklung (CSocD) oder dem Hochrangigen Politischen Forum (HLPF). Dadurch erhalten sie einen besonderen und privilegierten Zugang: Sie können an Verhandlungen teilnehmen, die für die meisten Nichtregierungsorganisationen nicht zugänglich sind, Veran-

staltungen an der Ständigen Vertretung ihres Landes organisieren und in einigen Fällen in offiziellen Sitzungen im Namen ihres Landes sprechen.

Gleichzeitig existieren UNYD-Programme neben einer wachsenden Zahl von Jugendrollen in anderen internationalen Formaten. Beispielsweise bringen die G7- und G20-Jugendgipfel jedes Jahr zahlreiche akkreditierte Jugendvertreter*innen im Rahmen offizieller Beteiligungsgruppen zusammen. Diese Prozesse werden jedoch oft parallel zu den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungsspitzen organisiert und bleiben weitgehend von den Orten getrennt, an denen die endgültigen Entscheidungen getroffen werden. Hier wird eine grundlegende Spannung deutlich: Während Staaten in sichtbare Jugendformate investieren, haben nur wenige dies in eine systematische Einbindung junger Menschen in ihre diplomatische Arbeit, beispielsweise bei den Vereinten Nationen, übersetzt. Unter den G7-Mitgliedstaaten haben derzeit nur Deutschland und Italien ein offizielles UNYD-Programm; unter den G20-Mitgliedern sind es aktuell nur Australien, Deutschland, Italien und Mexiko. Dies wirft die Frage auf, ob es bei dem sichtbaren politischen Engagement für Jugendbeteiligung darum geht, Veranstaltungen unter dem Label „Jugend“ zu inszenieren. Oder tatsächlich darum, den Zugang und den Einfluss innerhalb der bestehenden Machtstrukturen zu teilen.

Jugenddelegierte beschreiben ihre Rolle oft als Brückenbauer*innen: zwischen ihrem Land und den UN, zwischen Zivilgesellschaft und Regierungen sowie zwischen jungen Menschen in ihrem Heimatland und Entscheidungsträger*innen in New York. Der konkrete Rahmen ihrer Arbeit unterscheidet sich von Land zu Land. Die meisten Programme ernennen ein oder zwei Delegierte; einige wenige haben größere Teams oder kümmern sich um bestimmte Themen. Die Schweiz und Dänemark etwa haben eine*n Jugenddelegierte*n für Klimafragen (Curlo et al., 2023). Die Mandate dauern in der Regel ein bis zwei Jahre, in einigen Fällen auch 18 Monate in einem überlappenden System. In vielen Programmen arbeiten Jugenddelegierte auf freiwilliger Basis. Obwohl Reise- und direkte Programmkosten häufig übernommen werden, erfolgt in der Regel keine Vergütung für ihre Zeit und Arbeit (Ebd.).

Teil einer offiziellen Delegation zu sein, eröffnet Chancen. Jugenddelegierte erhalten Zugang zu diplomatischen Räumen und können Einfluss darauf nehmen, wie ihr Land auf der internationalen Bühne wahrgenommen wird. Sie können Jugendperspektiven in nationale Koordinierungssitzungen einbringen, Änderungsvorschläge zu Resolutionen machen und offizielle Veranstaltungen mitgestalten, die Themen hervorheben, die für junge Menschen wichtig sind. Gleichzeitig hängt ihr Einfluss auf tatsächliche Friedens- und Sicherheitspolitik

davon ab, wie ihr Mandat gestaltet ist, wie viel Unterstützung sie im eigenen Land erhalten und inwieweit ihre Regierungen bereit sind, die Beiträge junger Menschen als mehr als nur eine symbolische Geste zu betrachten.

Die YPS-Agenda

Um sicherzustellen, dass dieser Artikel sowohl für diejenigen verständlich ist, die noch nie von der YPS-Agenda gehört haben, als auch für diejenigen, die bereits intensiv an ihrer Umsetzung gearbeitet haben, ist eine kurze Einführung in die YPS-Agenda erforderlich.

Junge Menschen haben sich organisiert, Friedensarbeit geleistet und politische Entscheidungen mitgestaltet, lange bevor die UN sie formell anerkannt und in New York eine Resolution verabschiedet hat. Die YPS-Agenda übersetzt diese Realität in die Sprache internationaler Normen und in einen Rahmen, für den Staaten zur Verantwortung gezogen werden können. Seit 2015 haben vier Resolutionen des Sicherheitsrats diesen Rahmen definiert und erweitert. Die Resolution 2250 (2015) erkannte junge Menschen erstmals als wichtige Akteure für die Wahrung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit an. Die Resolution 2419 (2018) verstärkte die Forderung, junge Menschen in Friedensprozesse einzubeziehen, und Resolution 2535 (2020) präzisierte die Verantwortung der Staaten und UN-Einrichtungen, die Agenda systematischer umzusetzen. Die jüngste Resolution 2807 (2025) hat diese Verpflichtungen erneut bekräftigt und die Notwendigkeit hervorgehoben, von punktuellen Initiativen zu strukturelleren Formen der Jugendbeteiligung in Frieden und Sicherheit überzugehen. Die YPS-Agenda wird oft anhand ihrer fünf Säulen beschrieben: Beteiligung, Schutz, Prävention, Partnerschaft sowie Loslösung und Wiedereingliederung. Zusammen veranschaulichen sie eine einfache, aber wirksame Idee: Friedliche Gesellschaften brauchen Institutionen, die junge Menschen ernst nehmen – als Inhaber*innen von Rechten, als politische Akteure und als Menschen, die direkt von Konflikten und Unsicherheit betroffen sind.

Für diesen Beitrag ist die Beteiligungssäule besonders wichtig. Hierbei wird die inklusive Vertretung junger Menschen in politischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen gefordert und verlangt, dass Jugendperspektiven bei der Aushandlung und Umsetzung von Friedensabkommen berücksichtigt werden. Mit anderen Worten: Bei Beteiligung geht es nicht nur darum, in einem Raum anwesend zu sein. Es geht darum, über die Informationen, die Unterstützung und die Macht zu verfügen, die notwendig sind, um Ergebnisse zu beeinflussen.

Auch die anderen Säulen sind wichtig, insbesondere für junge Menschen, die in von Konflikt betroffenen Gebieten leben oder aus diesen fliehen. Die Säule „Schutz" konzentriert sich darauf, sie und andere Zivilisten vor Gewalt, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, zu schützen und sicherzustellen, dass ihre Menschenrechte geachtet werden. Die Säule „Prävention" hebt die Rolle der Staaten hervor, Bedingungen zu bekämpfen, die Gewalt und Ausgrenzung begünstigen, sowie Alternativen für junge Menschen zu schaffen, damit sie sich nicht bewaffneten Gruppen anschließen. Die Säulen „Partnerschaft" und „Loslösung und Wiedereingliederung" betonen die Zusammenarbeit mit Jugendlichen und jugendgeführten Organisationen sowie den Bedarf an gezielter Unterstützung für diejenigen, die bewaffnete Gruppen verlassen oder aus Konfliktsituationen zurückkehren.

Zusammen zeigen diese Säulen, dass Frieden und Sicherheit für junge Menschen nicht ohne junge Menschen erreicht werden können. Ihre Bedürfnisse und Stimmen in Friedensprozessen ernst zu nehmen, ist nicht nur eine Frage der Fairness. Die Ergebnisse der ersten YPS-Fortschrittsstudie von 2018 zeigen, dass eine wirksame Einbindung junger Menschen die Legitimität und Umsetzung von Friedensabkommen stärken und somit zu einem nachhaltigeren Frieden beitragen kann (Simpson, 2018).

UNYDs als Umsetzung der YPS-Agenda

Im folgenden Abschnitt wird das Zusammenspiel zwischen UNYD-Programmen und der YPS-Agenda untersucht. Obwohl es viele Aspekte der UNYD-Programme gibt, die verbessert werden könnten, etwa ihr Aufbau und ihre Integration in nationale und ministerielle Strukturen eines Landes, birgt das Mandat auch viel Potenzial. UNYD-Programme sind ein konkretes, teilweise staatlich gesteuertes Instrument, das jungen Menschen die Teilnahme an UN-Konferenzen und der UN-Generalversammlung ermöglicht, wobei sie zumindest teilweise das Mandat haben, über Jugendbelange zu sprechen. Die Tatsache, dass diese Programme existieren und von Mitgliedstaaten finanziert werden, zeigt, dass die Notwendigkeit einer stärkeren Einbindung junger Menschen in die internationale Politik bis hin zur höchsten Ebene, der UN selbst, anerkannt wird.

Allerdings besteht bei ihrer derzeitigen Ausgestaltung die Gefahr, dass dieses Potenzial nicht ausgeschöpft wird und lediglich die Beteiligungssäule abhakt, strukturelle Einbindung (und die anderen YPS-Säulen)

jedoch weitgehend unberührt lässt. Die Probleme sind struktureller Natur. Erstens besteht ein starkes regionales Ungleichgewicht: Mehr als 30 der weltweit rund 40 UNYD-Programme sind europäisch, wodurch europäische Perspektiven bei Finanzierung, Raumpräsenz und Redezeit dominieren (Curlo et al., 2023). Nicht-europäische UNYD-Programme haben oft ein unverhältnismäßig großes Gewicht bei der Repräsentation, da von ihnen teilweise erwartet wird, dass sie für ganze Kontinente sprechen. Zweitens reproduzieren die Programme innerhalb Europas sozioökonomische Ausgrenzung. Da sie fast keine finanzielle Vergütung bieten, hohe Sprachbarrieren aufweisen und die Auswahl auf der Grundlage früherer Erfahrungen erfolgt, begünstigen sie systematisch privilegierte Jugendliche aus städtischen Gebieten (Ebd.). Drittens ist die Beteiligung, die UNYD-Programme bieten, oft eher symbolisch als substanziell: Fototermine mit UN-Führungskräften, aber keine echten Gespräche; Kommentare zu Resolutionen, die ohne Rechenschaftspflicht ignoriert werden; „unabhängige" Reden, die Wort für Wort von Ministerien überprüft werden.

Die Entscheidungen der Ausgestaltung bergen ein klares Risiko: Beteiligung als Inszenierung statt als Macht. Eine einzelne Person kann die vielfältigen Realitäten junger Menschen eines Landes nicht angemessen vertreten, insbesondere bei komplexen Fragen von Frieden und Sicherheit. UNYD-Programme sind daher als alleinige Maßnahme zur Umsetzung der YPS-Agenda unzureichend. Anstatt die UNYD-Programme abschaffen zu wollen, habe ich zwei Empfehlungen. Sie sollten neugestaltet und neu ausgerichtet werden – weg von „Schaufenstern" hin zu integrierten Bestandteilen einer umfassenderen YPS-Infrastruktur, in der junge Menschen nicht nur Podiumszeit, sondern auch Macht teilen.

1) Neugestaltung der UNYD-Programme:

- *Zugang demokratisieren:* Eine Vergütung einführen, um auch Personen die Teilnahme zu ermöglichen, die sich unbezahlte Arbeit nicht leisten können. Transparente Auswahlkriterien schaffen, die sozioökonomische und regionale Vielfalt über den „besten Lebenslauf" stellen.
- *Mandat vertiefen:* UNYD-Programme strukturell mit nationalen YPS-Mechanismen (z.B. mit Nationalen Aktionsplänen und Jugendbeiräten) verknüpfen, damit sie das ganze Jahr über zur Politikentwicklung beitragen und nicht nur bei Reisen nach New York. Jugenddelegierten formelle Aufgaben übertragen, in denen sie Regierungspositionen zu Friedens- und Sicherheitsresolutionen überprüfen.

- *Rechenschaft ablegen lassen:* Verpflichtende nationale Konsultationen vor und nach UN-Engagements durchführen, mit öffentlicher Berichterstattung darüber, wessen Stimmen gehört wurden und wie sie die Ergebnisse beeinflusst haben. Unabhängige Evaluierungen in Auftrag geben, die Jugendorganisationen miteinbeziehen.

Neben der Neugestaltung der UNYD-Programme selbst, ist eine strukturellere Form der Jugendbeteiligung von entscheidender Bedeutung. Forschungen zeigen, dass eine stärkere und kontinuierlichere Einbindung junger Menschen die Legitimität und Nachhaltigkeit politischer Entscheidungen mehr stärken als einmalige Konsultationen (Simpson, 2018).

2) Neuausrichtung der UNYD-Programme im Rahmen der YPS-Umsetzung:

- *UNYD als Einstieg:* UNYDs sollten nicht länger als Beweis dafür angesehen werden, dass YPS „abgehakt" sei. Sie sollten als ein sichtbarer Einstieg innerhalb eines größeren Ökosystems verstanden werden: UNYDs + Nationale Aktionspläne + jugendverwaltete Friedensfonds + lokale Jugend-Friedensnetzwerke. Finnland ist hier Vorbild und ein zweiter Nationaler Aktionsplan (Finnish Government, 2025) wird mit einem UNYD-Programm kombiniert.

- *YPS-Umsetzung kontextualisieren:* Staaten sollten bestehende Programme und zivilgesellschaftliche Akteure in den Blick nehmen und gemeinsam mit jungen Menschen entscheiden, wie YPS im jeweiligen Kontext umgesetzt werden soll. Einige Länder werden Nationale Aktionspläne vorziehen, andere Jugendfonds oder dauerhafte Beratungsgremien. UNYD-Programme können all diese Initiativen stärken, aber die YPS-Agenda kann niemals auf ein Programm reduziert werden, das jährlich nur wenige Personen auswählt.

Die politische Frage lautet daher nicht mehr, ob Staaten eine*n Jugenddelegierte*n haben, sondern ob sie bereit sind, eine sinnvolle und wirksame Einbindung junger Menschen zuzulassen, die bestehende Hierarchien in Bezug auf Mitsprache und Macht infrage stellt. Wenn YPS ernst genommen wird, sollten UNYD-Programme als Startpunkt verstanden werden und nicht als Urkunde.

Fazit

Wenn das UNYD-Programm ein Tor zur internationalen Politik ist, dann steht es nur wenigen offen. Der Blick durch dieses Tor ist vielversprechend: Teilnahme an Konferenzen in New York, Reden bei hochrangigen Treffen, Aufmerksamkeit in den Medien. Doch das Tor selbst bleibt eng, und diejenigen, die hindurchgehen, tun dies aufgrund von Privilegien.

Dieser Essay hat zwei Kernprobleme aufgezeigt, wenn UNYD-Programme als Beweis für die Umsetzung der YPS-Agenda betrachtet werden. Erstens haken sie zwar die Beteiligungssäule der Agenda ab, aber die Säulen Schutz, Prävention, Partnerschaft sowie Loslösung und Wiedereingliederung werden vernachlässigt. Staaten feiern eine*n Delegierte*n in New York als „Jugendbeteiligung" und ignorieren dabei die umfassenderen strukturellen Veränderungen, die die YPS-Agenda über alle Säulen hinweg fordert. Zweitens mangelt es den Programmen selbst an globaler, regionaler und lokaler Repräsentativität. Europäische Programme dominieren in Bezug auf Finanzierung, Redezeit und Sichtbarkeit. Unbezahlte Mandate und elitäre Auswahlkriterien schließen marginalisierte Jugendliche systematisch aus.

Für Staaten bieten UNYD-Programme geringe Kosten und hohe Symbolkraft: gute PR bei minimaler Machtteilung. Dennoch haben sie für junge Menschen einen echten Wert, sie öffnen Türen und verstärken Stimmen. Daher sollten sie neugestaltet und nicht abgeschafft werden: bezahlte Mandate für diverse junge Menschen, Verknüpfungen mit Nationalen Aktionsplänen und ganzjährige politische Arbeit. Außerdem müssen sie als eine Brücke innerhalb eines breiteren YPS-Ökosystem neu definiert werden.

Die Frage an Staaten ist klar: Sind sie bereit, Macht zu teilen oder eben nur die Bühne? UNYD-Programme sollten einen Anfang markieren: Jugendliche als Mitgestaltende des Friedens, nicht nur als Symbole in Podiumsdiskussionen.

Der Originaltext „When youth engagement means one delegate: Between symbolism and substance in the YPS agenda" wurde auf Englisch publiziert und von der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung übersetzt. Alle Übersetzungen sind eigene.

Für den Inhalt der Beiträge ist die Autorin verantwortlich. Die Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung wieder.

Quellen

Curlo, J. L.; Lamberg, L. und Luts, L. (2023). Global Youth Voices - A mapping report of youth delegate programmes to the UN. Future Agents Now (FAN). Verfügbar unter: https://duf.dk/wp-content/uploads/Global_Youth_Voices_Report.pdf (Letzter Zugriff: 16. Dezember 2025).

Finnish Government (2025). Finland issues its second National Action Plan on Youth, Peace and Security, 1 December. Verfügbar unter: https://valtioneuvosto.fi/en/-/finland-issues-its-second-national-action-plan-on-youth-peace-and-security (Letzter Zugriff: 16. Dezember 2025).

Simpson, G.; UNFPA und UNPBSO (2018). The missing peace: independent progress study on youth, peace and security. Verfügbar unter: https://digitallibrary.un.org/record/3846611 (Letzter Zugriff: 15. Dezember 2025).

United Nations (1995). World Action of Programme for Youth to the Year 2000 and Beyond. Verfügbar unter: https://www.un.org/esa/socdev/unyin/documents/wpay2010.pdf (Letzter Zugriff: 16. Dezember 2025).

UN General Assembly (UNGA) (1981). 36/17. Channels of communication between the United Nations and youth and youth organizations. Verfügbar unter: https://digitallibrary.un.org/record/27011/files/A_RES_36_17-EN.pdf (Letzter Zugriff: 16. Dezember 2025).

UN General Assembly (UNGA) (1986). 41/97. Policies and programmes involving young people: Participation, Development, Peace. Verfügbar unter: https://docs.un.org/A/RES/41/97 (Letzter Zugriff: 15. Dezember 2025).

Gefördert von:

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien